

Wissenschaftliche
Regierungslehre und
die Herausforderung
der Irrationalität

„That Noble Science of Politics“

Dietmar Herz

[T]hat noble Science of Politics, [...] which, of all sciences, is the most important to the welfare of nations, – which, of all sciences, most tends to expand and invigorate the mind, – which draws nutriment and ornament from every part of philosophy and literature, and dispenses, in return, nutriment and ornament to all.

Thomas Babington Macaulay

Das Fundament des neuzeitlichen Denkens der Politikwissenschaft hat Thomas Hobbes gelegt: Mit diesem Denker erreichte die Politikwissenschaft eine neue Qualität. Aristoteles' Bestimmung der Politikwissenschaft als „Umrisswissenschaft“ wies er scharf zurück. Politische Wissenschaft ist bei ihm eine exakte Wissenschaft, die ihren Platz im System der Wissenschaften hat. Und noch ein Unterschied zur früheren aristotelischen und scholastischen Tradition ist beträchtlich: Die gefundene Erkenntnis dient dem Wohlergehen des Individuums.

Hobbes analysiert im *Leviathan* die politische Wirklichkeit in drei Schritten: Sein Ausgangspunkt ist die Empirie: die physische und psychische Verfasstheit des Menschen, das daraus resultierende soziale und politische Verhalten, der Kampf um Macht und Einfluss in der politischen Wirklichkeit. Hobbes betrachtet die Welt nicht, wie sie sein soll, sondern wie sie ist.

Hobbes' zweiter Schritt ist ein Gedankenexperiment, das an diese Analyse anknüpft: Wohinführen den Menschenseine Verfasstheit und die Bedingungen seiner Existenz, wenn es keinerlei politische Ordnung gäbe? Hobbes' Antwort ist

eine zweifache. Das Gedankenexperiment führt einerseits zur Vorstellung vom Naturzustand, einer Situation, gekennzeichnet von einem Kampf aller gegen alle. Doch es besteht andererseits – dank der auf das Überleben gerichteten menschlichen Vernunft – die Möglichkeit des Ausbruchs aus dem „stählernen Gehäuse“ des Naturzustandes. Die Vernunft fordert zwar den Überlebenskampf, sie lässt aber dessen Überwindung als den zu bevorzugenden Zustand erkennen: Der von der Vernunft konzipierte Vertrag beendet den Naturzustand. Er autorisiert den metaphorisch als „Leviathan“ bezeichneten *body politic* zur Herrschaft und macht jedes Individuum durch den Vertragsabschluss zum Autor aller Handlungen des Leviathan. Hobbes bringt das Gedankenexperiment in Bezug zur Wirklichkeit: Der hypothetische Vertragsabschluss liefert die Begründung tatsächlicher Herrschaft. Die in der Wirklichkeit vorzufindende politische Ordnung ist als für das Überleben notwendig und von der Vernunft gewollt gerechtfertigt.

Freilich ist damit im dritten Schritt zunächst jegliche politische Ordnung begründet. Die Analyse bedarf daher der Ergänzung, das heißt einer Erörterung der Struktur und des Handelns des Leviathan als einer Pragmatik des Regierens. Denn will der Staat seine Grundfunktionen erfüllen, so muss sein Handeln rational aus den Annahmen und Regeln folgen, die den Staat als politische Ordnung begründen. Bloße Willkür ist ausgeschlossen. Der Leviathan als ein *deus mor-*

talis, als sterblicher Gott, muss um seine Gesundheit und sein Wohlergehen besorgt sein. Die Mittel zu seiner Erhaltung gibt ihm die Vernunft an die Hand: die Kunst des Regierens.

Das Spannungsverhältnis zwischen „Leviathan“ (Souveränität und Frieden) und „Behemoth“ (Auflösung der Souveränität, Bürgerkrieg und Rückfall in den Naturzustand) bestimmt Hobbes' Regierungslehre. Um ihren praktischen Ansprüchen gerecht zu werden, muss die am Frieden orientierte politische Wissenschaft die Bedingungen von Frieden und Ordnung ebenso analysieren wie die Ursachen ihrer Auflösung. Der Zweck der Politikwissenschaft ist der Erhalt des Staates, was für Hobbes identisch ist mit der Herstellung und Sicherung von Frieden. Politikwissenschaft und insbesondere Herrschafts- und Regierungslehre ist ihrem Grundwesen nach Friedenswissenschaft. Hobbes' Analyse umschreibt so den Gegenstand und die Aufgaben einer wissenschaftlichen Regierungslehre.

Summum malum als ordnende Kraft

Versuchen wir Hobbes' Verfahren auf ein zentrales Problem der Regierungslehre anzuwenden. Der mittels der Politik hergestellte und verfasste Frieden ist stets gefährdet. Die These im *Leviathan* war: Die Vernunft erfordert die Sicherstellung des Lebens, der Mensch fürchtet seinen Tod und sucht ihn zu vermeiden. Auf dieser Grundlage kommt es zum Vertragsabschluss. Im *Behemoth* – Hobbes' Analyse des englischen Bürgerkrieges – plagt Hobbes eine neue Frage: Ist die Furcht vor dem physischen Tod vielleicht doch nicht immer die größte Furcht, die den Menschen bewegt? Ist es vielleicht für manche eher die Furcht vor einem *ewigen Tod* – vor der Verdammnis, wie Augustinus behauptet?

Für Hobbes wäre eine solche Vorstellung im höchsten Maße irrational. Nichtsdestotrotz: Heilslehren können die Furcht

vor dem physischen Tod verdrängen. Sie machen möglicherweise zu allem entschlossen. Hobbes zitiert mit Schaudern Diodoros Siculus, der berichtet, dass die Priester des alten Äthiopien jedermann zum Selbstmord überreden konnten. Doch wenn dem so sein kann, dann wäre mit dem Wegfall der Furcht vor dem gewaltsamen *physischen Tod* auch das zentrale Regulativ der politischen Theorie des *Leviathan* hinfällig. Hobbes' Forderung ist daher: Das *summum malum* Tod soll die ordnende Kraft der menschlichen Gesellschaft sein, denn Ordnung setzt die Akzeptanz dieses *summum malum* voraus.

Die Psyche von Individuen, die sie zu selbstzerstörerischen politischen Handlungen verleitet, ist auch nach Errichtung der bürgerlichen Gesellschaft eine beständige Quelle der Gefahr. Allerdings: Die institutionelle Ordnung des *Leviathan*, das heißt die Errichtung einer absoluten Herrschaft, ist für Hobbes die bestmögliche institutionelle Versicherung dagegen. Hier wird, die zumindest teilweise nicht beherrschbare Verfasstheit des Individuums in Rechnung stellend, hierarchisch Ordnung von außen, vom *Leviathan*, geschaffen.

Dies erscheint als großes *caveat* zu einer liberalen Staatsordnung: Die Idee der politischen Ordnung und die Akzeptanz einer radikalen ideologischen Heterogenität im Bereich des Politischen sind nach Hobbes nicht zu vereinbaren. Hobbes entwarf die politische Ordnung daher als ein System der uneingeschränkten Souveränität, das den Pluralismus aus dem Bereich des Politischen ausschließt.

Hobbes suchte trotzdem – dies wird oft übersehen – die Entfaltung des Individuums zu sichern. Die Schaffung des *Leviathan* führt dazu, dass für alle Bürger ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten gegen das ideologisch begründete Machtstreben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Eliten gefestigt wird. Freiheit der Untertanen konstituiert sich in

den Bereichen, die der Souverän mit seinen Gesetzen nicht regelt oder die ihm nicht zugänglich sind. Für Religion und Weltanschauung heißt dies: Vor sich selbst steht es den Untertanen frei zu glauben, was ihnen beliebt.

Dieser Glauben darf aber nicht zu einem öffentlichen Bekenntnis werden, da dies der uneingeschränkten Macht des Souveräns entgegenstehen würde. Es würde die Einheit der Ordnung zerstören und die Gefahr einer Auseinandersetzung heraufbeschwören. Für die nicht nach Macht strebenden Bürger entsteht ein Freiraum, Hobbes sicherte dem Einzelnen in seiner Friedenswissenschaft allerdings nur einen kleinen Bereich an Entfaltungsmöglichkeiten. Er sah die Lösung des Problems der Gewalt in Machtkonzentration und Gegengewalt: Unter den Bedingungen absoluter Herrschaft war Friede möglich. Die freie Entfaltung des (schwachen) Einzelnen war geschützt und beschränkt zugleich.

Vorkehrungen gegen Übergriffe des Souveräns

Wer aber ein Regierungssystem wollte, das eine weiter gehende Freiheit der Beherrschten ermöglicht, musste über Hobbes' Vorstellungen hinausgehen. Vordenker der liberalen Demokratie wie die Autoren der *Federalist Papers* – Alexander Hamilton, James Madison und John Jay, die Väter des amerikanischen Konstitutionalismus – haben dies getan. Trotzdem blieb auch für sie Hobbes' Anthropologie bestimmend. Alexander Hamilton beschreibt im 6. Artikel der *Federalist Papers* den Menschen als „machtunggrig, rachsüchtig und raffgierig“. Die Autoren der *Federalist Papers* misstrauen dem Individuum. In einem entscheidenden Punkt argumentieren sie allerdings gegen Hobbes: Sie misstrauen auch der Regierung. Hobbes' Pragmatik war mit der Fixierung auf das Überleben des Leviathan und mit der Schaffung einer ab-

soluten und unteilbaren Souveränität zu weit gegangen. Sie enthielt keinerlei Vorkehrungen gegen Übergriffe des Souveräns – die doch wahrscheinlich waren, zog man die Natur des Menschen in Betracht: Die Autoren der *Federalist Papers* wollten auch für Letzteres Vorkehrungen treffen – mit einer neuen Pragmatik, mit einer anders lautenden Regierungslehre.

Doch bevor dies dargestellt wird, soll genauer bestimmt werden, wie die *Federalists* Hobbes' Anthropologie reflektiert haben. Die politische Folge dieser Anthropologie ist die Entstehung von *factions*, von Individuen oder Gruppen von Individuen, die in der politischen Auseinandersetzung entgegengesetzte Interessen verfolgen. Mit diesem Schlüsselbegriff wird einer Harmonie der Interessen eine Absage erteilt. Madison nimmt Eigennutz, Ehrgeiz und *factions* als Tatsache, untersucht, wie diese politisch wirksam werden, und wägt ab, wie eine Verfassung dies berücksichtigen kann.

Für das analysierte Problem entwarfen die *Federalist Papers* ein System. Die Wirkung der erwünschten Freiheit der liberalen Ordnung – „Freiheit ist für Faktionen, was Luft für Feuer ist, ein Lebenselixier, ohne die sie sofort ersticken“ – sollte potenziert werden, damit sich ihre negativen Auswirkungen so gegenseitig aufheben. Madison schlägt vor, die Faktionen in ein institutionelles und gesellschaftliches System einzubinden. Es muss ein System geschaffen werden, das die um Macht Konkurrierenden zwingt, sich gegenseitig zu kontrollieren.

Ein erster dahin gehender Ansatz ist der Rückgriff auf die von Locke und Montesquieu propagierte Gewaltenteilung, die Aufteilung der Staatsgewalt in Legislative, Exekutive und Judikative. Keiner der drei „Säulen“ staatlicher Ordnung kann auf Grund der Natur des Menschen vollständig vertraut werden, will man die Freiheit erhalten.

Aber dies ist nur ein Ausdruck der grundlegenden Idee: Die gegenseitige Kontrolle ist ein Ordnungsprinzip, sie gilt für alle politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche. Die formellen Institutionen bilden dabei einen Rahmen, der diese „Auseinandersetzung“ regelt.

Checks and balances

Das Regierungssystem muss einen doppelten Rahmen von *checks and balances* schaffen: Es muss erstens politische Institutionen formen, die den politisch-gesellschaftlichen Prozess regeln, das heißt die *factions* in das politische System integrieren. Deren Existenz wird dadurch nicht nur mit dem System kompatibel gemacht, sondern wird zu dessen eigentlicher Grundlage. Wie beim Prinzip der kommunizierenden Röhren entsteht ein sich ständig ausgleichendes Wechselspiel in einem Beziehungsgeflecht von Institutionen und einer Vielzahl religiöser und gesellschaftlicher Gruppen. Weder diesen Gruppen noch deren Agglomerat – einer wie auch immer als Volk oder Gemeinschaft definierten Einheit – wird die Möglichkeit der unmittelbaren politischen Machtausübung eingeräumt.

Dies wird auch durch ein striktes System der Repräsentation erreicht. Keiner Institution kommt es zu, das Volk als Ganzes zu repräsentieren oder gar als identisch mit dem Volk betrachtet zu werden. Die Divergenz politischer Kräfte führt zu einer Bildung temporärer Koalitionen – in einem längeren Zeitraum werden damit viele (nicht alle) Einheiten berücksichtigt. Die *Federalist Papers* sahen also im Prinzip der Repräsentation keine notwendige Krücke, sondern einen wichtigen und nützlichen Mechanismus. Madison und Hamilton misstrauten der Fähigkeit der Bürger, sachgerechte politische Entscheidungen zu treffen. Ihr Misstrauen galt dabei der menschlichen Natur an sich, und in besonderer Weise richtete

es sich gegen die Masse: „Auch wenn jeder Bürger Athens ein Sokrates gewesen wäre, so wäre jede gesetzgebende Versammlung Athens dennoch ein Pöbel geblieben.“ Nicht das Volk sollte entscheiden. Die Republik sollte, mittels der Repräsentation, von einer geistigen Aristokratie gehütet werden.

Madison entwirft also ein System, das sich die Gesetze menschlichen Handelns zu Nutze macht, nach der Devise „Ehrgeiz muss von Ehrgeiz in Schach gehalten werden“. Der Spielraum bürgerlichen Handelns wird dadurch erweitert, die von Hobbes geforderte strikte Trennung von politischer und privater Sphäre kann überwunden werden. Diese Idee muss als wesentliche Errungenschaft der Regierungspragmatik gelten.

Diese Konzeption hat natürlich auch Schwachstellen: Eine ist, dass die asymmetrische Macht kleiner Gruppen nicht berücksichtigt wird. Ein zweiter Kritikpunkt knüpft an die Einsicht Hobbes' im *Behemoth* an, dass es Menschen gibt, für welche die „ewige Verdammnis“ nicht der Tod das größte Übel ist. Erinnerung wir uns: Das Madisons Theorie entsprechende Verfassungsgefüge legt einen normierten Prozess fest, innerhalb dessen konkurrierende Interessen um ihre Durchsetzung ringen. Die ausbalancierende, Friedenstiftende Wirkung der Verfassung kommt zu Stande, indem sie den Zugriff auf die Macht in vorbestimmte Bahnen zwingt. Es kommt zur friedlichen, weil rechtlich eingehegten Konfliktaustragung. Das Mittel, die *factions* zur Einordnung in die durch die Verfassung festgelegten Kanäle zu zwingen, ist die Sanktion. Wer sich außerhalb der verfassungsmäßigen Verfahrensvorschriften stellt, hat diese zu erwarten.

Was aber tun mit denen, die ohne Furcht sind vor Sanktionen? Das Problem weltanschaulicher Extremisten wirft die Frage auf, wie mit unterschiedlichen Systemen von sich ausschließenden Überzeugungen umzugehen ist. Allgemeiner

formuliert: Wie können in einer pluralistischen Gesellschaft die Anhänger unterschiedlicher Glaubensrichtungen zusammenleben, ohne die Kernpunkte ihrer Überzeugungen aufzugeben? Und wie ist mit solchen Personen umzugehen, die sich außerhalb des Kreises der zivilen Konfliktregelung stellen?

Hobbes hatte die Bedingung für eine Friedensordnung formuliert – der Preis war der Verzicht auf den gesamten Raum der politischen Selbstverwirklichung. Madison vergrößerte den Raum beträchtlich; die Sorgen des Autors des *Behemoth* hatte er aber nicht besänftigt.

Public reason

Eine Lösung zur Bewahrung des gesellschaftlichen Friedens präsentiert John Rawls, der Autor der großen *Theorie der Gerechtigkeit*, mit seinem *Politischen Liberalismus*. Mit dem Begriff der *public reason* – die „Idee des öffentlichen Vernunftgebrauches“ – entwickelt er ein Konzept, wie die Bürger einer pluralistischen, demokratisch geordneten Gesellschaft miteinander über politische Grundsatze probleme diskutieren sollten. Er wendet sich damit insbesondere an diejenigen, die in Parlament, Regierung und Gerichten an politischen Grundsatzeentscheidungen beteiligt sind. Insofern handelt es sich um den dritten Grundgedanken einer Regierungspragmatik, der hier dargestellt werden soll.

Rawls' Überlegung geht von einer simplen Beobachtung aus: Zumindest in einigen wichtigen Fragen ist der Konflikt zwischen einander widersprechenden religiösen Vorstellungen oder Argumenten nicht aufzulösen. Die Wahrheiten des einen Gottes stehen gegen die Wahrheiten des anderen. Eine den Konflikt als Ganzes beendende Einigung ist nicht möglich, eine Entscheidung erscheint nur durch die Anwendung von Zwang und Gewalt herbeiführbar. Rawls analysiert, wie es dazu kommt: Religionen sind „umfas-

sende Doktrinen“. Als umfassende Doktrin gilt eine Religion, eine Weltanschauung oder philosophische Lehre, insofern sie darauf abzielt, alle Bereiche des menschlichen Lebens autoritativ zu regeln. Dabei muss eine umfassende Doktrin nicht notwendigerweise religiös begründet sein, es kann sich auch um eine säkulare Ideologie wie zum Beispiel eine bestimmte Lesart des Marxismus handeln.

Die große Gefahr, die in der Existenz von unvereinbaren umfassenden Doktrinen liegt, ist offensichtlich: Der Bürgerkrieg in Algerien, die Auseinandersetzung zwischen Hindus, Muslimen und Christen im südlichen Asien, religiös motivierter Terrorismus im Mittleren und Nahen Osten, die religiösen Konflikte in den USA und der islamistische Radikalismus mögen als Illustration genügen. Es ist wohl richtig, dass Religion in den genannten Konflikten nicht die einzige Konfliktursache ist – sie ist aber stets eine den Konflikt verschärfende. Das Eintreten für religiöse oder zumindest religiös fundierte Überzeugungen in politischen Auseinandersetzungen gehört zum Wesen der Religion, dies schließt im Extremfall die Anwendung von Gewalt ein. Dieser Befund, dies sei angemerkt, ist ein empirischer, kein theologischer. Er beinhaltet keine Aussage über Wesen und Gehalt von Religionen, sondern über ihre Wirkung im politischen Handeln.

Auch in liberalen „westlichen“ Gesellschaften – allen voran den USA – führt das Nebeneinander von (verschiedenen) religiösen (und säkularen) Doktrinen zu Auseinandersetzungen. Dass das Verhältnis von Religion (und Religionsgemeinschaften) und Politik in liberalen Verfassungsstaaten trotz der Trennung von Staat und Kirche nach wie vor gravierende Probleme birgt, wird uns gerade in jüngster Zeit wieder bewusst. Es gilt daher, für die damit verbundenen Probleme politische Konzepte zu entwickeln,

die uns helfen, Konflikte zu verhindern oder zumindest einzudämmen. In Anlehnung an John Rawls kann eine Weiterentwicklung der Regierungspragmatik vorgenommen werden, die im Folgenden skizziert werden soll.

Betrachten wir die Grundzüge von Rawls' Vorschlag. Vier Überlegungen sind entscheidend:

1. Die politische Konzeption, das heißt das Denkmodell, mit dem unsere politische Ordnung gerechtfertigt wird, muss strikt getrennt werden von den unvereinbaren umfassenden Doktrinen, denen wir anhängen.
2. Die politische Konzeption einer Gesellschaft ist in ihrer Reichweite beschränkt, sie ist nicht umfassend. Eine politische Konzeption in diesem Sinne – so eine mögliche Definition – entwirft lediglich die institutionelle Grundstruktur und einen Katalog von Grundrechten und politischen Prinzipien wie Gewaltenteilung, Wahlrecht, Rede- und Religionsfreiheit.
3. Diese Regelungen der politischen Konzeption beruhen auf Übereinkunft und Konsens. Sie können von unterschiedlichen Gruppen unterschiedlich begründet werden.
4. Es ist wahrscheinlich, dass viele Gruppen, insbesondere religiöse Gruppen, einer solchen Regelung zustimmen. Denn so getroffene Regelungen liegen im wohlverstandenen Eigeninteresse nahezu aller Gruppen. Statt das Risiko einzugehen, im Wettstreit der Gruppierungen unterzugehen und dem Diktat der siegreichen Gruppen zu unterliegen, ist es vernünftiger, sich auf eine gegenseitige Toleranz zu einigen. „Der niedrigste Grund der Toleranz“, so bemerkt Norberto Bobbio treffend, „ist rein praktischer Natur und entspringt der politischen Vorsicht.“

Das grundlegende Prinzip einer politischen Konzeption sind die Annahme von freien und gleichen Bürgern und die Ver-

pflichtung dieser Bürger, sich untereinander über politische Ziele und Handlungen mittels Argumenten zu verständigen, die ausschließlich auf die politische Konzeption bezogen sind. Dies ist im Umriss, was Rawls unter *public reason*, unter „öffentlichem Vernunftgebrauch“ versteht. Zur Regelung von politischen Konflikten zwischen Anhängern verschiedener umfassender Doktrinen ist damit ein Weg aufgezeigt, der eine (letztbegründende) Bezugnahme auf diese Doktrinen weitgehend ausschließt und eine Diskussion auf der Grundlage gemeinsamer (politischer) Grundüberzeugungen ermöglicht.

Realistische Perspektive

Dieser Vorschlag ist keineswegs die weltfremde Erfindung des Philosophen Rawls – er findet in der staatsbürgerlichen Praxis bereits vielfache Anwendung. Man nehme zum Beispiel die auf hohem Niveau geführte Debatte um das Embryonenschutzgesetz. Hier waren die Argumente meist so gewählt, dass die Gegenseite zustimmen konnte. Die für die Entscheidung wichtigen Argumente waren fast ausschließlich politischer Natur. Sie waren dabei durchaus auch den philosophischen oder religiösen Grundüberzeugungen der Diskutierenden entnommen, sie waren aber so formuliert, dass sie für jeden nachvollziehbar waren.

Man kann die Überzeugung vertreten, dass das menschliche Leben unantastbar sein soll – und man kann aus religiösen Gründen zu dieser Überzeugung kommen –, die in einer politischen Diskussion vorgebrachten Gründe müssen aber politische sein: Durch „öffentlichen Vernunftgebrauch“ entsteht in den politischen Diskussionen in der weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft die Möglichkeit der Verständigung.

Mit den Rawlsschen Überlegungen ist ein Ansatz bestimmt, der die Perspektive der zivilen Konfliktaustragung in einer religiös oder weltanschaulich fragmen-

tierten Gesellschaft realistisch erscheinen lässt. Es bleibt aber noch die Frage, wie mit denen umzugehen ist, die sich der Argumentation im Rahmen einer politischen Konzeption verschließen, die mit ihrer religiösen oder säkularen Lehre auf einer Wahrheit beharren und diese um jeden Preis durchsetzen wollen.

Es ist eine Erfahrung, dass nicht alle Gruppen bereit sind, sich auf das umrissene Verfahren zu einigen. Sie stellen sich damit außerhalb der politischen Ordnung – sie nehmen am politischen Verfahren nicht mehr teil. Soweit dies möglich ist, muss der liberale Staat diesen Gruppen trotzdem den für ihr Bestehen notwendigen Freiraum zugestehen – dies gehört zu den Grundannahmen unserer politischen Konzeption. Die Grenzen dieses Freiraumes werden durch die Notwendigkeit bestimmt, den gesellschaftlichen Frieden aufrechtzuerhalten, im Extremfall also durch die Regelungen des Strafgesetzbuches. Dieser Rückgriff auf die Sanktion ist der Rückgriff auf die Furcht als Regulativ. Dies führt uns an den Ausgangspunkt unserer dreistufigen Argumentation zurück.

Erneuerungsfähige Freiheit

Wir hatten gesehen, dass die Grundlegung der liberalen Staatsordnung von Hobbes geleistet wird. Um Frieden und einen bürgerlichen Freiraum zu ermöglichen, bedient sich Hobbes eines Mechanismus der Furcht, der vom absoluten Souverän orchestriert wird. Wir haben gesehen, dass Madison Hobbes' Prämissen teilt. Er erblickt aber die Lösung zur Schaffung eines stabilen Regierungssystems nicht in der Verbannung des Pluralismus aus der Politik, sondern in dessen Operationalisierung. Dies führt zu einer

erheblichen Ausweitung des bürgerlichen Freiraumes. Der Konflikt zwischen den zahlreichen umfassenden Doktrinen innerhalb der pluralistischen Gesellschaft findet schließlich mit Rawls' Idee des öffentlichen Vernunftgebrauches auch bei sensiblen religiösen Inhalten einen zivilen Ausgleichsmechanismus.

Dieser Weg in der Entwicklung der Regierungslehre, deren Aufgabe es ist, institutionelle Ordnung und ihre tatsächliche Funktionsfähigkeit zu analysieren und zu ihrer Verbesserung beizutragen, ist der Weg der Zähmung und Dienstbarmachung des Leviathan. Doch bei aller Zähmung und Zurückhaltung sollte nicht übersehen werden: Die Gewährung von Freiräumen findet ihre Schranke dann, wenn die durch Übereinkunft begründete politische Gesellschaft einem tätlichen Angriff ausgesetzt ist. Gegenüber demjenigen, der den Vertrag aufkündigt, ist man hinter Rawls und Madison zurückgeworfen auf Hobbes.

Dies ist das Paradoxon der liberalen Demokratie: Sie gewährt Entfaltungsspielräume, welche die Entfaltung ihr feindlich gesonnener Positionen ermöglichen. Dennoch ist Norberto Bobbio zuzustimmen: „Eine immer gefährdete, aber sich ausdehnende Freiheit ist einer, die beschützt, aber entwicklungsunfähig ist, unbedingt vorzuziehen. Nur eine gefährdete Freiheit ist in der Lage, sich zu erneuern. Eine nicht erneuerungsfähige Freiheit verwandelt sich früher oder später in neue Knechtschaft.“

Dieser Beitrag basiert auf der Antrittsvorlesung von Dietmar Herz an der Universität Erfurt, gehalten am Donnerstag, 31. Januar 2002. Die ausführliche Version ist im Internet verfügbar (<http://www.uni-erfurt.de/regierungslehre/aktuelles>).